Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.90 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 P.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreise: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰. Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Aufgr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 272. | Mittwoch den 20. November 1929. | 87. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 19. Nov. Bei den Kommunalwahlen in der schleswig-holsteinischen Nordmark erlitten die Dänen trotz starker Agitation erhebliche Verluste.

Der Wohnungsbau in Württemberg.

Zuffenhausen, 17. Nov. Mit der Jubiläumstagung der Gemeinnützigen Bauvereine Württembergs, die Samstag und Sonntag hier stattfand, war auch das zehnjährige Jubiläum der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Zuffenhausen verbunden. Die Mitgliederversammlung des Verbands der Gemeinnützigen Bauvereine Württembergs, die Samstag nachmittag stattfand, nahm einmütig eine gegen den Art. 73 der Gemeindeordnung gerichtete Entschließung an, worin dagegen Einspruch erhoben wird, daß Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder von Baugenossenschaften in den Gemeindevertretungen bei den Entscheidungen, die diese Genossenschaften berühren, nicht mitwirken dürfen. Als Ort des nächstjährigen Verbandstags wurde Tuttlingen bestimmt. Zur Feier des zwanzigjährigen Bestehens des Verbands und des zehnjährigen Bestehens der Baugenossenschaft Zuffenhausen fand Samstag abend im Saalbau Kirchthal ein Begrüßungsabend mit musikalischen und gesanglichen Darbietungen statt. Unter den Begrüßungsansprachen, die schon am ersten Tag gehalten wurden, sind zu erwähnen diejenige des Landtagspräsidenten Pflüger sowie des Präsidenten der Landesversicherungsanstalt, des Abg. Keßler. Eine öffentliche Kundgebung fand am Sonntag statt. Nach den üblichen Begrüßungsreden, wobei für die Staatsregierung, für das Innenministerium und die Wohnungsbauanstalt deren Leiter, Präsident Dr. Aichele, sprach, und weiterhin Regierungsrat Essich für das Oberamt Ludwigsburg und Gemeinderat Oelkrug für die Stadtverwaltung Zuffenhausen das Wort ergriffen und auch die Abgeordneten Johannes Fischer und Keil sowie der stellv. Direktor des Landesversorgungsamtes, Oberregierungsrat Zagel, dieser zugleich für den Reichsarbeitsminister, Ansprachen hielten, behandelte Stadtpfarrer Dr. Schenkel-Zuffenhausen das Thema: Die Wohnungsbaufrage als Kulturproblem. Der Redner behandelte die Frage des Wohnungsbaus unter den Gesichtspunkten der Hygiene, der Formgebung, der Sittenlehre und des Rechtswesens (Bodenreform) und fand mit seinen Darlegungen starken Beifall. Das wichtigste bei dieser öffentlichen Versammlung waren die Mitteilungen von Präsident Dr. Aichele über den Wohnungsbau 1929 und 1930, worüber der Redner u. a. folgendes mitteilte: Bis 1927 ist Württemberg in der Förderung des Wohnungsbaues an der Spitze aller deutschen Länder gestanden. Im Baujahr 1928 konnten von der Wohnungskreditanstalt nur 7248 Wohnungen mit über 22 Mill. Mk. Darlehen beliehen werden. Mit einem Vergleich zwischen Württemberg und den anderen deutschen Ländern verknüpfte der Redner die Frage: Welche Mittel an Hauszinssteuer sind den einzelnen Ländern zur Verfügung gestanden? Ein Vergleich mit Preußen ergibt, daß diesem Lande 1929 an baulichen und gemeindlichen Mitteln der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau rund 600 Mill. Mk. zur Verfügung gestellt worden sind, während für Württemberg höchstens die Zahl von 18 Mill. Mk. angenommen werden kann. Unter Heranziehung der Einwohnerzahlen hätte nach dem württ. System das Land Preußen nur 275 Mill. Mk. Gebäudeentschuldungssteuer für seinen Wohnungsbau einheben müssen; tatsächlich aber hat es reichlich mehr als das Doppelte bereitgestellt. Das Baujahr 1928 stand und steht unter dem Druck einer dauernden Börsenkrise. Allerdings konnte die Wohnungskreditanstalt zu den ihr verwilligten Gebäudeentschuldungsmitteln von 13,5 Mill. Mk. immer noch 12 Mill. Mk. Anleihen aufnehmen. Im ganzen wurden von den bei der Wohnungskreditanstalt eingegangenen Aufträgen für 15 000 Wohnungen 8000 Wohnungen mit einem Darlehensbetrag von 24,45 Mill. Mk. beschieden. Die Aussichten für den Wohnungsbau 1930 sind sehr trübe. Alle verantwortlichen Stellen im Reich und in den Ländern sind sich darüber einig, daß gegenüber den bisherigen Bauprogrammen das Jahr 1930 einen sehr erheblichen Abstrich wird erfahren müssen. Auf jeden Fall kann eine Voraussicht auf das Jahr 1930 nur in die ernste Warnung ausmünden, sehr vorsichtig zu sein und kein Bauvorhaben zu beginnen, bei dem nicht in allen Teilen die Baufinanzierung feststeht.

Zur Annahme gelangte nach eingehender Aussprache eine Entschließung, in der u. a. die Erwartung ausgesprochen wird, daß die gemeinnützigen Bauvereinigungen als die Träger des Kleinwohnungsbaus bei der Zuteilung öffentlicher Mittel gegenüber seither nicht verkürzt werden, da unter den heutigen Verhältnissen erfahrungsgemäß nur sie in der Lage sind, die Wohnungen zu erträglichen Mieten zur Verfügung zu stellen und so dem Wohnungsbedürfnis der minderbemittelten Bevölkerung zu genügen.

Zentrumskundgebung in Ravensburg.

Weingarten, 17. Nov. Gestern ist in Weingarten nach vorangegangenem feierlichen Gottesdienst in der Abtei-Kirche, an dem eine große Anzahl Zentrumsparlamentarier des Reichs- und Landtags teilnahmen, durch den Abt des Klosters Weingarten die Einweihung eines Grabmals für den Zentrumsführer Adolf Gröber vorgenommen worden. Am Grab wurden u. a. Kränze niedergelegt von Justizminister Dr. Beyerle für die Württ. Zentrumspartei, Staatspräsident Dr. Bolz für die Zentrumsfraktion des Reichstags, Abg. Bock für die Zentrumsfraktion des Württ. Landtags, Abg. Groß für die Windthorstbünde. Nachmittags fand dann in der Turnhalle in Ravensburg eine große Zentrumskundgebung statt, bei der Staatspräsident Dr. Bolz eine Gedächtnisrede auf Adolf Gröber hielt, dessen Wesensart er in scharfen Zügen zeichnete. Auch der Abt des Klosters Weingarten, Michael v. Witowski, hielt eine Ansprache an die Festversammlung. Als letzter Redner ergriff, stürmisch begrüßt, der Führer der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas-Trier, das Wort. Er würdigte zunächst die Persönlichkeit Gröbers. Zur Innenpolitik betonte er, daß das Ringen um die deutsche Reichsverfassung in vorderster Linie stehe. Dabei gab er der Meinung Ausdruck, daß die weitere Ausgestaltung der Verfassung vielleicht schon bald in ein mehr oder minder kritisches Stadium treten werde. Der Kampf zwischen dem Zentralisierungsgedanken und dem Eintreten für eine gesunde und berechtigte Eigenart der einzelnen Länder sei noch nicht ausgekämpft. Mit dem Glauben, daß Zentralisieren verbessern heiße, mit dem politischen Wahnglauben, daß Zentralisieren aufwärts und vorwärts führen heiße, sollte man auf Grund mancher schmerzlicher Erfahrungen etwas vorsichtig sein. Das Skarek-Berlin sollte zunächst den Staub vor der eigenen Türe kehren, ehe es den Versuch mache, seine Zentralisierungsweise auch über diejenigen Gebiete Deutschlands hinweggehen zu lassen, in denen noch ein anderes Gesicht des Deutschtums bisher sich bodenständig erhalten habe. Bevor das Zentrum zu einer Reform die Hand bieten werde, werde es sie auf Herz und Nieren prüfen. Zur Außenpolitik übergehend sprach Prälat Kaas über die Abrüstungspolitik und gab der Meinung Ausdruck, daß die Tragikomödie der Abrüstungspolitik mit doppeltem Boden entweder bald ein Ende nehme oder die Weiterentwicklung der internationalen Beziehungen mit äußerster Sorge zu betrachten seien. Er habe das Empfinden, daß wir von unserer Seite aus ein gerüttelt Maß von Entgegenkommen gezeigt haben und daß es endlich an der Zeit sei, daß die Gegenseite die Rückwirkungen eintreten lasse, auf die wir schon längst Anspruch gehabt hätten. Langanhaltender Beifall dankte dem Redner für seine mit großem Interesse aufgenommenen Ausführungen.

Sozialdemokratische Mehrheit in Hannover.

Hannover, 19. Nov. Die Wahlen für das Stadtparlament in Hannover haben ein recht unerwartetes Ergebnis gebracht. Die Wahlbeteiligung betrug 77,4 Prozent, sie ist um 4 Prozent geringer als bei der letzten Reichstagswahl. Die zweite Ueberraschung brachten die Sozialdemokraten, die in keiner anderen Stadt Deutschlands einen so großen Zuwachs wie in Hannover aufzuweisen haben dürften. Von den 74 Sitzen, die im Stadtparlament zu vergeben sind, eroberten sie sich 38, womit sie die absolute Mehrheit haben. Die Demokraten haben ihre Position behauptet. Bemerkenswert ist in Hannover noch das Wiederkommen der Deutsch-Hannoveraner, die bei der letzten Kommunalwahl nur zunächst 36 016 Stimmen auf sich vereinigten, aber bei der letzten Reichstagswahl auf etwa 16 000 Stimmen zurückgingen, um gestern wieder auf 20 292 Stimmen zu kommen. Bei den Nationalsozialisten ist dagegen der erwartete große Auftrieb ausgeblieben, woran auch die Tatsache nichts zu ändern vermag, daß tatsächlich ein Mandat gewonnen wurde.

Ausland.

Paris, 19. Nov. Die französische Presse, die der Industrie nahesteht, erklärt es für unbedenklich, wenn jetzt Saarverhandlungen aufgenommen würden.

Paris, 19. Nov. Der französische Kriegsminister Maginot hat in Begleitung des Generalstabschefs, General Debeney, und mehrerer anderer höherer Offiziere die Gegend von Metz und Diedenhofen besucht, die Pläne für die Befestigungsbauten geprüft und auch die Anlage der Verbindungsstraße auf ihren militärischen Wert hin untersucht. Maginot ist nachmittags nach Straßburg weitergereist.

Kapitän Hashagen als Friedensredner.

London, 19. Nov. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge begrüßte in der Stadthalle von Reading den ehemaligen deutschen U-Boot-Kommandanten Kapitänleutnant Hashagen. Die von der Völkerbundsunion einberufene Versammlung, in der Hashagen und der während des Krieges von ihm gefangen genommene englische Kapitän Lewis sprachen, war so überfüllt, daß Hunderte keinen Einlaß mehr fanden. Das englische Publikum sieht es gerne, wenn zwei Männer nach erbittertem Streit in aller Oeffentlichkeit sich die Hände reichen, um darzutun, daß keiner dem anderen etwas nachträgt. Die beiden ehemaligen Seeoffiziere wurden mit minutenlangem Beifall begrüßt. Die Menge sang darauf stehend die englische und die deutsche Nationalhymne. Beide Redner gaben ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die Befestigung des Völkerbundes das beste Mittel sei, um die Wiederholung des Weltkrieges zu verhindern. Die Morgenpresse bringt ausführliche Berichte der Veranstaltung. Offenbar hat die Tatsache, daß die Versammlung die deutsche Nationalhymne sang, besonders tiefen Eindruck gemacht, denn ein solcher Fall dürfte seit dem Weltkriege noch nicht dagewesen sein. Immerhin ist es bezeichnend, daß der Schwung der Begeisterung eine Gegenbewegung hervorgerufen hat, die zu beobachten wichtig ist. Der „Daily Expreß" veröffentlicht heute an führender Stelle den „Brief einer englischen Mutter", in dem eine nordenglische Frau schreibt, es sei durchaus zu wünschen, daß zwischen Engländern und Deutschen gute Beziehungen herrschten. Aber eine Mutter, die während des Krieges durch deutsche Unterseebootangriffe 3 Söhne verloren hätte, könne nicht mit freudigen Gefühlen einem deutschen U-Boot-Kommandanten zujubeln, auch wenn sie zugebe, daß dieser nur seine Pflicht getan hätte und ein durchaus ritterlicher Feind gewesen sei. Der Protest ist bezeichnend, obwohl er nicht sehr echt aussieht. Man darf die Freundschaftsbegeisterung wohl doch in der Oeffentlichkeit noch nicht allzu weit führen, ohne auf Widerspruch zu stoßen.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 18. Nov. Kam da am Montag nach Eintritt der Dunkelheit ein Bäuerlein mit Roß und Wagen auf dem hiesigen Marktplatz gefahren und hielt vor dem Laden von Pfannkuch u. Co. an, um irgendwo noch etwas zu besorgen. Des Alleinseins müde und von den hell beleuchteten Waren im Pfannkuch-Schaufenster angelockt, ging das Rößlein dem Schaufenster zu. Sein Kopfnicken verriet, daß es die dort ausgelegten breiten Nudeln als Leckerbissen erkannt hatte. Ja, die hatten es ihm angetan, ein kräftiger Stoß mit dem Maul gegen das Schaufenster und das Loch war groß genug, um die verführerischen Nudeln beschnüffeln zu können. Doch das Rößlein erschrack sichtlich, als der Ladeninhaber und das zu Tode erschrockene Bäuerlein diese gewaltsame Erkundigung entdeckten und es an seinem weiteren Vorhaben hinderten. Armes Rößlein, hast statt breite Nudeln Stockhiebe bekommen, weil dein Bäuerlein das Schaufenster bezahlen muß.

(Wetterbericht.) Da die Depressionswirkung fortbesteht, ist für Donnerstag und Freitag immer noch unbeständiges, nur zeitweilig aufheiterndes Wetter zu erwarten.

Höfen a. Enz, 20. Nov. Von der Firma Krauth u. Cie. wurde der Lehrmittelsammlung der hiesigen Volksschule eine in eine Tanne gezimmert gewesene Spechtshöhle übergeben. Dieselbe ist überaus sauber gearbeitet und hat folgende Ausmaße: Tiefe 15 cm Durchmesser, Höhe 30 cm; das Schlupfloch hat 15 cm Durchmesser und ist bis zur senkrechten Höhe 12 cm tief. Der Tannenstumpf mit der Höhle ist im Längsschnitt durchgesägt, um einen freieren Einblick in die Art und Größenverhältnisse einer Spechtswohnung zu gewähren.

Württemberg.

Stuttgart, 19. Nov. (Staat gegen Stadt.) In einem Prozeß des Staates gegen die Schloßgartenbau-Gesellschaft, deren Aktien größeren Teils im Besitze der Stadt sich befinden, betr. eine Aufwertungsforderung in Höhe von 50 000 Mark, wobei die genannte Summe nur grundsätzliche Bedeutung hat, wurde lt. „Südd. Ztg." der Staat in erster Instanz mit seiner Forderung abgewiesen. Am 25. November findet eine Verhandlung vor dem Oberlandesgericht statt.

Stuttgart, 19. Nov. (Kein Empfang durch die Stadtverwaltung.) Die zuständige Abteilung des Gemeinderats hat beschlossen, davon abzusehen, die Teilnehmer an der Reichstagung des deutschen republikanischen Reichsbundes, die am 30. November und 1. Dezember hier stattfindet, auf Kosten der Stadt in der Villa Berg zu empfangen. In den Kreisen des Reichsbundes ist man nun sehr enttäuscht und macht geltend, daß es sich nicht um eine Parteiveranstaltung, sondern um eine überparteiliche republikanische Organisation handle. Uebrigens hat die hiesige Ortsgruppe des republikanischen Reichsbundes an das Hotel Marquardt das Verlangen gestellt, daß das Hotel während der Anwesenheit des Reichsministers Severing die schwarz-rot-goldene Fahne hisse. Das Hotel hat, was man aus einer Münchener Zeitung erfährt, diese Bedingung abgelehnt und die übrigen Hotels haben sich seinem Standpunkt angeschlossen.

Heilbronn, 19. Nov. (Auf de schwäbische Eisebahna.) Kommt da, so berichtet der Heilbronner „Gen.-Anz.", am Samstag nacht 0.30 Uhr der fahrplanmäßige Zug von Stuttgart hier an, die Reisenden steigen aus, lauter Heilbronner Bürger, um jetzt so rasch wie möglich heimzukommen. Aber halt, was ist das? Der Bahnhof liegt öde und verlassen da. Keine Menschenseele läßt sich erblicken, es scheint alles im tiefsten Schlummer zu liegen. Und die Sperre ist fest verschlossen. Kein Mensch ist da. Da stehen die Bürger wie die Schafe im sicheren Pferch. Nun, man läßt sich das schon eine Weile gefallen, aber die Jüngeren beginnen schon einen Hürdenlauf über die Sperre. Einige ältere Herren gehen einstweilen auf die Suche nach einem Beamten. Er kommt, übersieht die Situation und geht wieder davon. Unterwegs trifft er einen Rangierer und fragt ihn, ob er die Schlüssel hätte. Er sagt kleinlaut: Nein! Einige Schritte weiter trifft er wieder auf einen Herrn, der hat seiner Frage nur ein Kopfschütteln übrig. Endlich kommt der Beamte wieder mit einem Schlüsselbund und ließ die übrigen vollends hinaus.

Rottenburg, 19. Nov. (Entschließung zur Frage der Vornahme von Notstandsarbeiten durch Gemeinden und Amtskörperschaften.) Der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamts Reutlingen hielt im Rathaus zu Rottenburg unter dem Vorsitz von Oberregierungsrat Brendle eine Sitzung ab. Dabei wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Der Aufforderung des Wirtschaftsministeriums, Notstandsarbeiten vorzunehmen, können die Gemeinden und Amtskörperschaften insolange nicht die erforderliche Folge geben, als es nicht möglich ist, in stärkerem Maß als seither durch Darlehen und sonstige Förderung diese Arbeiten zu unterstützen. Insbesondere bedauert der Verwaltungsausschuß, daß die verstärkte Förderung der Notstandsarbeit „Straßenbau Urach—Hülben" vom Landesarbeitsamt abgelehnt wurde.

Winzeln, OA. Oberndorf, 19. Nov. (Ein landwirtschaftliches Anwesen eingeäschert.) Mittags brach in dem landwirtschaftlichen Anwesen des Landwirts Felix Ohnmacht ein Brand aus, dem das ganze Anwesen, bestehend aus Wohngebäude, Stallungen und Scheuer zum Opfer fiel. Das Vieh und ein Teil des Inventars konnte gerettet werden. Infolge starken Windes bestand für vier Nachbarhäuser größte Gefahr. Die Untersuchung durch Landjägerbeamte ergab, daß die Entstehungsursache im unvorsichtigen Aufbewahren der Asche zu suchen ist. Der Geschädigte ist versichert. Personen wurden nicht verletzt.

Lauterbach, OA. Oberndorf, 19. Nov. (Ueberfall.) Sonntag abend erschienen vier junge Burschen aus Kirnbach in der

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Gastwirtschaft z. „Adler" auf dem Fohrenbühl und führten sich äußerst kampfluftig auf, wobei sie Streit mit den andern Gästen suchten. Als der 44 Jahre alte verheiratete Matthias Dug und der 26 Jahre alte ledige Oehler, beide von Sulzbach, die Wirtschaft verlassen hatten, folgten ihnen die vier Burschen und stachen mit Messern auf sie ein. Dug erhielt zwei Bauch- und sechs Rippenstiche und wurde lebensgefährlich verletzt in das Krankenhaus nach Schramberg verbracht. Oehler erhielt drei Bruststiche. Die Täter wurden verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis nach Wolfach verbracht.

Baden.

Offenburg, 18. Nov. Das Schwurgericht verhandelte heute gegen den Gelegenheitsarbeiter Hermann Gebhard aus Hugsweier wegen schwerer Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Der Angeklagte hatte am 22. März d. J. nach vorausgegangenem Familienstreit seinen 32 Jahre alten Bruder Karl durch 3 Messerstiche so schwer verletzt, daß der Tod bald danach eintrat. Der Staatsanwalt beantragte gegen Gebhard 6 Jahre Zuchthaus. Das Gericht sah aber von einer Zuchthausstrafe ab und erkannte auf 4 Jahre Gefängnis, abzüglich 7 Monaten Untersuchungshaft.

Konstanz, 19. Nov. Vor dem Schwurgericht stand der 48 Jahre alte, in Rast wohnhafte, verheiratete Landwirt Josef Bär unter der Anklage des Mordes. Es wurde ihm zur Last gelegt, daß er am 22. Mai in Rast auf die 34 Jahre alte Witwe Franziska Rothmund mit einem vorher bereitgestellten französischen Militärgewehr zuerst in der Hofraite seines Anwesens einen Schuß und dann, als die Rothmund in das Haus geflüchtet war, im Haus 4 weitere Schüsse abgegeben habe, die den sofortigen Tod zur Folge hatte. Frau Rothmund hatte über den Angeklagten die üble Nachrede verbreitet, er habe ihr einen unsittlichen Antrag gestellt. Das Gericht verurteilte Bär wegen Totschlags zu 5 Jahren Gefängnis.

Vermischtes.

Kein Attentat. Im Verlaufe der Montag-Verhandlung forderte der Vorsitzende den Angeklagten Stuhlfath auf, anzugeben, wie er sich den Verlauf des von ihm vermuteten Attentats vorstelle. Stuhlfath bemerkte einleitend, daß er die von den vielen Zeugen bekundeten Erschütterungen der vorausgefahrenen Züge auf das Wagenmaterial und die Geschwindigkeit der Züge und auf die ganze Kurvenanlage zurückführe. Eine schlüssige Schilderung des vermuteten Attentats konnte er allerdings nicht geben. Es wurden dann der in der Nähe der Unfallstelle wohnende Ziegeleibesitzer Strobel und dessen Heizer Rupp verhört. Strobel hatte die Empfindung, daß der Zug mit einem eigentümlichen Geräusch aus der Station Siegelsdorf herauskam. Rupp war der Ansicht, daß der Zug schneller fuhr als die Züge in den vorausgegangenen Nächten. Der Stellwerkswärter Steller, der sich auf dem Stellwerk II befand, war der Auffassung, daß der Zug schon vor dem Stellwerk teilweise abgebremst wurde. Als der Zug die Weiche 15 überfuhr, soll es ein ungewöhnlich starkes Geräusch gegeben haben, das nach der Weiche 15 wieder aufhörte. Vor Schluß des Verhandlungstages bestätigten noch verschiedene Streckenarbeiter, daß die von Stuhlfath dem Gericht übergebenen und nach dessen Ansicht auf ein Attentat hinweisenden Eisenstücke im September d. J. unter dem Gestein bei Weiche 15 gefunden wurden. Die Fortsetzung der Verhandlung wurde auf Dienstag vormittag vertagt.

Der Fall Meußdörfer. Ueber die Angelegenheit der Ermordung der Frau Kommerzienrat Meußdörfer in Kulmbach gibt die Staatsanwaltschaft Bayreuth folgende amtliche Mitteilung heraus: „Durch die weiter geführten Erhebungen hat sich der dringende Verdacht, daß Kommerzienrat Heinrich Meußdörfer den Tod seiner Frau herbeigeführt hat, verstärkt. Nach den übereinstimmenden vorläufigen Gutachten der beiden Amtsärzte, die die Leichenöffnung vorgenommen haben, ist der Tod von Frau Meußdörfer durch Erstickung eingetreten, die durch gewaltsamen Verschluß der Luftwege hervorgerufen wurde. Zu dem gleichen Ergebnis gelangte das vorläufige Gutachten des vom Medizinalkomitee aufgestellten Sachverständigen. Außer den Erstickungserscheinungen war eine Verletzung der Unterlippe und der Zungenspitze, sowie das Fehlen der beiden unteren Schneidezähne festzustellen, die im Zimmer gefunden wurden. Erscheinungen einer Vergiftung zeigten sich bei der Leichenöffnung nicht. An der teilweise über die Frau geschlagenen Bettdecke des nebenstehenden unbenützten Bettes waren Blutspuren. Das Kopfkissen im Bett der Frau war in großer Ausdehnung mit blutwässeriger Flüssigkeit getränkt. Für das Eindringen einer Person in die Villa des Kommerzienrats Meußdörfer und für die Entwendung von Geld oder anderen Sachen fehlt jede Spur. Der von dem angeschuldigten Kommerzienrat Meußdörfer auf eine der beiden Hausangestellten gelenkte Verdacht hat keine Bestätigung gefunden."

Folgen des Kasseler Bankkrachs. Durch den Zusammenbruch der Kasseler Privatbank Andre u. Herzog sind zahlreiche Privatleute, Rentner und kleinere Geschäftsleute erheblich geschädigt worden. Im Zusammenhang mit den durch den Zusammenbruch erlittenen Verlusten haben 3 Personen in Kassel Selbstmord verübt, und zwar eine Rentnerin, die ihre geringen Ersparnisse bis auf den letzten Pfennig einbüßte, und zwei Handwerksmeister, die ihre geschäftliche Existenz vernichtet sahen.

Nicht auf einen fahrenden Zug aufspringen. Der sechste Zivilsenat des Reichsgerichts hat eine sehr bemerkenswerte Entscheidung gefällt: An einem Januarabend wollte ein Lehrer in Eisenach einen anfahrenden Zug besteigen. Er glitt ab, kam unter die Räder und wurde sehr schwer verletzt. Er erhob Schadenersatzklage gegen die Reichsbahn, die er so begründete: „Es war der letzte Zug, den ich benutzen konnte. Vorher abfahrende Züge habe ich versäumt. Auch zu diesem Zug kam ich zwar fahrplanmäßig rechtzeitig, doch war der Fahrkartenschalter schon geschlossen. Der Schaffner gab mir einen roten Zettel, damit ich unbeanstandet nachlösen könne und ließ mich die Sperre passieren. Auf dem Bahnsteig herrschte Dunkelheit. Der Weg war glatt und nicht bestreut. Der Zug war schon im Anfahren, als ich aufsprang. Der Bahnsteigschaffner hätte mich in Kenntnis dieser Umstände nicht mehr die Sperre passieren lassen dürfen. Die Reichsbahn ist für die Handlung des Bahnsteigschaffners verantwortlich." Das Landgericht und das Oberlandesgericht hatten diese Klage abgewiesen. Das Aufspringen auf einen fahrenden Zug sei auf eigene Gefahr des Reisenden geschehen; dadurch werde alles in den Hintergrund gedrückt, was etwa sonst auf dem Bahnsteig ordnungswidrig gewesen sein könnte. Die Reichsbahn sei nicht daran schuld, daß der Reisende den fahrenden Zug bestiegen habe. Die Revision gegen dieses Urteil ist nun vom sechsten Zivilsenat des Reichsgerichts kostenpflichtig zurückgewiesen worden.

Unfall des Romar-Flugbootes. Bei einer Probefahrt für den in der nächsten Zeit geplanten Spanienflug wurde, wie die Deutsche Lufthansa mitteilt, das Romar-Flugboot D 1626 beschädigt. Das Flugboot ist in den Flughafen Travemünde eingeschleppt worden. Zu dem Unfall des Flugbootes Romar vor Travemünde werden von einem Augenzeugen folgende Einzelheiten mitgeteilt: Die siebenköpfige Besatzung mit dem Leiter des Unternehmens, Kapitänleutnant Bertram, fuhr am Montag früh mit dem Stationsboot der Deutschen Lufthansa zu dem während der Nacht auf der Ostsee vor Travemünde verankerten Flugboot, nachdem bereits am Sonntag abend Betriebsstoff an Bord genommen worden war. Kurz nach 6 Uhr wurde das Flugboot in die Lübecker Bucht nach Grömitz geschleppt. Gegen 7 Uhr war das Boot startbereit. Nachdem es sich einige Meter über der Wasseroberfläche befand, sank es gleich darauf aus bisher noch unbekannter Ursache auf das Wasser zurück. Durch den Anprall muß der Schwimmer leck geworden sein. Der Teil des Flugbootes, in dem sich die Besatzung befand, schlug um und lief alsbald voll Wasser. Die Besatzung konnte sich nur mit knapper Not retten. Sie wurde von dem Stationsboot an Bord genommen. Ein in Travemünde liegender Schlepper schleppte dann das Flugboot nach dem Travemünder Hafen ein, wo es auf dem Rücken liegend verankert liegt. Der Sachschaden ist sehr groß, da viele Teile, Instrumente usw. beschädigt wurden.

„R. 101"-Dauerflug. Das englische Luftschiff „R. 101", das am Sonntag morgen gestartet war und Mittel- und Nordengland, sowie Schottland überflogen hatte, brach Montag nachmittag unerwartet seinen Dauerflug ab und kehrte nach Cardington zurück, wo es um 3.45 Uhr eintraf. Um 5.14 Uhr war das Luftschiff wieder am Mast verankert. Es hat also einen Flug von 29 Stunden hinter sich.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Neuenbürg, 20. Nov. (Schweinemarkt.) Zugeführt: 27 Stück Läufer, 0 Milchschweine. Verkauft 6 Paar, das Paar zu 102—118 Mark.

Stuttgart, 19. Nov. (Schlachtviehmarkt.) Dem Dienstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 46 Ochsen (unv. 10), 45 Bullen, 360 (40) Jungbullen, 353 (50) Jungrinder, 215 Kühe, 1218 Kälber, 2041 (100) Schweine, 1 Schaf, 1 Ziege. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen a 52—56 (letzter Markt —), b 42—50 (—), Bullen a 49—52 (unv.), b 46—48 (unv.), c 43—45 (unv.), Jungrinder a 54—57 (54—58), b 46—52 (47—53), c 42—45 (—), Kühe a 40—45 (—), b 30—35 (—), c 23—28 (—), d 18—22 (—), Kälber b 76—81 (80—83), c 65—74 (69—77), d 52—63 (60—68), Schweine a fette über 300 Pfd. 87—88 (86—87), b vollfleischige von 240—300 86—87 (86—88), c von 200—240 Pfd. 85—87 (unv.), d von 160 bis 200 Pfd. 84—85 (unv.), e fleischige von 120—160 Pfd. 82—83 (unv.), Sauen 64—73 (64—76) Mark. Marktverlauf: Großvieh und Schweine langsam, Ueberstand, Kälber langsam.

Pforzheim, 18. Nov. (Schlachtviehmarkt.) Aufgetrieben waren 656 Tiere und zwar: 12 Ochsen, 23 Kühe, 43 Rinder, 29 Farren, 1[illegible] Kälber, 537 Schweine. Marktverlauf: Mäßig belebt. Ueberstand: 8 Stück Großvieh, 19 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen a 55—57, b 51—55, Farren a 54, b und c 51—[illegible], Kühe b und c 40—25, Rinder a 57—60, b 53—56, Kälber b 83—[illegible], c 76—82, Schweine b, c und d 88—90, g 78—80. Beste Tiere über Notiz.

Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Karlsruhe, 18. Nov. (Viehmarkt). Zufuhr: 1905 Stück Vieh, darunter 31 Ochsen, 61 Bullen, 43 Kühe, 151 Färsen, 74 Kälber und 1546 Schweine. Bezahlt wurden je Zentner Lebendgewicht für: Ochsen 45—57, Bullen 42—49, Kühe 17—35, Färsen 46—60, Kälber 60—[illegible], Schweine 67—90 Mark. Bestes Vieh wurde über Notiz bezahlt. Verlauf des Marktes: Bei Großvieh und Schweinen langsam, Ueberstand bei Kälbern langsam, geräumt.

Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Neueste Nachrichten.

Nürnberg, 19. Nov. Der 30jährige Reisende Heinrich Klingdorfer und der 26 Jahre alte Kaufmann Thomas Schreck, beide in Augsburg wohnhaft, wurden wegen Verdachts des beabsichtigten Münzverbrechens festgenommen. Sie ließen in einem hiesigen Geschäft die Druckplatten zur Herstellung von 20 Mark-Scheinen in Tiefdruckfarbendruck anfertigen. Der Druck — es sollten 5000 Stück angefertigt werden — konnte durch die Festnahme verhindert werden. Angeblich sollten die Noten nur als Scherzartikel verwendet werden. Die polizeilichen Erhebungen ergaben aber, daß beabsichtigt war, sie in den Verkehr zu bringen.

Potsdam, 19. Nov. In Werder a. d. Havel ist wegen einer Reihe schwerer Sittlichkeitsverbrechen der 18 Jahre alte Handlungsgehilfe Kurt Galeitzke verhaftet worden. Galeitzke unterhielt durch kleine Geschenke eine ausgedehnte Bekanntschaft mit den Kindern im umliegenden Gebäude. Bis jetzt wurde festgestellt, daß er fünf Mädchen im Alter von 8—12 Jahren in sein Zimmer gebracht und mißbraucht hat.

Berlin, 19. Nov. Wie wir hören, beabsichtigt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mit Zustimmung des Kabinetts eine Verordnung zu erlassen, wonach der Vermahlungszoll für Inlandsweizen für die Monate Dezember und Januar auf 50 v. H. herabgesetzt wird. Der zuständige Reichsratsausschuß und der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages sollen hierzu noch angehört werden.

Berlin, 19. Nov. Der Oberpräsident hat jetzt, wie vom Fünkischen Nachrichtendienst amtlich mitgeteilt wird, durch Beschluß vom 16. ds. Mts. den Bürgermeister und Vorstand des Bezirksamts Köpenick, Kohl, vom Amt suspendiert, nachdem die Einleitung eines Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung verfügt worden ist. Gegen Bürgermeister Kohl ist bekanntlich im Zusammenhang mit dem Sklarek-Skandal der Vorwurf der Bestechung erhoben worden und der Beschuldigte ist unter diesem Verdacht auch bereits in einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft vernommen worden.

Berlin, 19. Nov. Der Handtaschenraub am Postscheckamt, der gestern, wie gemeldet, am hellen Mittag ausgeführt und wegen dessen nach kurzer Verfolgung ein gewisser Bäck festgenommen wurde, ist jetzt völlig aufgeklärt. Auch Bäcks Helfershelfer, ein 25 Jahre alter Vertreter Peter Simon, wurde noch gestern abend im Stamm-Café der beiden festgenommen. Während Bäck behauptet hatte, daß Simon die Ueberfallene im Schalterraum beobachtet und ihm noch einen Wink gegeben habe, bestreitet Simon dies und erklärt, daß er seinem Freunde abgeredet habe, einen Ueberfall zu verüben.

Berlin, 19. Novbr. Der Beginn der beruflichen Arbeitslosigkeit für die Berufe und Gewerbe, für die der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine berufsübliche Arbeitslosigkeit einheitlich für das ganze Reichsgebiet anerkannt hat, ist auf den 9. Dezember 1929 festgesetzt worden.

Berlin, 19. Nov. Am Dienstag mittag wurde in der Kurfürstenstraße ein Raubüberfall auf den 17jährigen Kassenboten der Deutschen Städtevertaufsgenossenschaft, die im genannten Hause ihre Büroräume hat, verübt. Der Kassenbote hatte von der Bank 11000 Mark für seine Firma abgeholt und befand sich schon drei Treppen hoch, als er von rückwärts niedergeschlagen und die Treppe hinuntergestoßen wurde. Der unbekannte Täter entriß ihm die Aktentasche mit den 11000 Mark und konnte unerkannt entfliehen.

Berlin, 19. Nov. Der deutsche Außenhandel im Monat Oktober weist ohne Berücksichtigung der Reparationssachlieferungen einen Ausfuhr-Ueberschuß von 58 Millionen gegen 99 Millionen RM. im Vormonat auf. — Die deutsche Regierung beabsichtigt, ein Weißbuch herauszugeben über die unmöglichen Forderungen der Alliierten hinsichtlich des Bahnbaus im entmilitarisierten deutschen Gebiet.

Berlin, 20. Nov. Der engere Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei von Groß Berlin hat, laut „Vorwärts", einstimmig beschlossen, das Mitglied Schlüning, Generaldirektor der Berliner

Kinder der Berge.

72 **Roman von Kurt Andreas Barel.**

In Hinterbärnbad saßen im Unterkunftshaus sieben österreichische Studenten beim Frühschoppen. Sie hatten sich vor zwei Tagen in Wien verabredet, ihn heut im Kaisergebirg zu trinken. Konrad setzte sich abseits an ein Tischchen und ließ sich ein Glas Milch geben.

„Woher, wohin, Freund?" rief einer der jungen Leute ihn übermütig an.

„Ich erinnere mich nit, wo und wann i mit Ihna a Freindschaft g'schlossen hätt'", entgegnete er abweisend.

Er war so oft in seinem armen Leben verhöhnt worden und so häufig hatte man sich über ihn lustig gemacht, daß immer das Mißtrauen bei ihm auf der Lauer lag. „Aber wann dem Herrn d'ran g'legen is, will i mir das Ding amoal besehen."

„Welches Ding?"

„Ihre Freindschaft."

Der junge Fremdling stutzte. In dem Blick des anderen lag etwas, das ihn ergriff. „Pardon!" sagte er entschuldigend. „Ich dachte, die sich im Gebirge begegnen, wären einander stets Gutfreund."

Konrad erhob sich und schnallte seinen Rucksack fester.

„Does is nimmer a übler Gedanke von Ihna. I glaub' halt, daß a Mensch bei Ihrer Freindschaft ka schlecht's Geschäft machen tät. Leider hab' i ka Zeit nit. Ich will die Halt 'nauf und weiter. Aber den Herren möcht ich raten, sich nit z'hoch 'nauf zu wagen. Nach der großen Heiterkeit von der Fruh, macht Sane Majestät a verdrießliches G'sicht!' Eh's Abend wird, gibt's noch a königlichen Zorn."

Er grüßte und ging seiner Wege.

Die Studenten waren einen Augenblick still geworden, dann sagte einer: „Welch ein Original! — — —"

„Oder ein Weltweiser", fiel ihm der Kommilitone, der Konrad angerufen hatte, ins Wort.

Ja, des Kaisers Felsenstirn verdüsterte sich zusehends, und als der Tag vorrückte, ballte ein Wetter sich zusammen. Das letzte bißchen Himmelsblau wurde von einem pechschwarzen Gewölk, das den ganzen vorderen Kaiser bedeckte, aufgesogen und verschlungen.

Was vor wenigen Stunden noch in Glanz und Leuchte gestanden hatte, versank in einer unheimlichen, großen Finsternis.

Konrad schaute um sich, dann nickte er: so wollte er es haben; so hatte er es kommen sehen! Schon war er auf die Höhe des Stripzenjochs gelangt, und vor ihm lag es lockend und höhnend, das verrufene, wunderbare Gestein. Jetzt hatte es eine bestimmte Form angenommen: einer riesigen Ratte glich's, die auf den Hinterbeinen sitzend, sich zum Sprung bereit hält. Und doch wieder schien es zu necken und herauszufordern: „Nun, wagt ihr's nicht, Menschlein? Steigt mir doch auf den trotzigen Scheitel, wenn ihr den Mut habt! Aber ihr seid Stümper — Feiglinge."

„Na, na!" rief Konrad hinauf. Er hatte die Sprache des Totenkirchls verstanden.

Am vorderen Kaiser begann ein dumpfes Murmeln und Grollen. „Komm ich noch n'auf, eh's losgeht?" dachte Konrad. Der Aufstieg wurde bei jedem Schritt beschwerlicher — ein schmaler Pfad zwischen steilen Felswänden und jäh abstürzenden Schründen! Hinab durfte er den Blick nicht senken: er wäre verloren gewesen in der schwindelerregenden Weglosigkeit. Weshalb auch? Einer, der immer nur unter sich hatte schauen müssen, über den alle Welt hinweg zu blicken das Recht sich nahm, der gebeugten Hauptes durch sein armseliges Leben gegangen war, der konnte endlich seine Augen erheben zu den himmelansteigenden Höhen.

„Ja", sprach das Totenkirchl und lächelte.

War das ein Anblick! Die Welt lag in wogenden Dunkelheiten. Aus den Tälern stiegen schwarze Wolkenmassen, die sich ins Ungeheure häuften. Das ganze Gebirge war ein Brauen und Schwellen und Gären; nur über dem Totenkirchl stand ein gelbes, grelles Licht. Da hatte die fliehende Sonne sich in den Scheitelklippen verfangen. — Oder hatte das Totenkirchl sie festgehalten? Als wäre ihr Schein, der sonst genügte, die ganze Welt zu erhellen, auf der einen Stelle zusammengedrängt, intensiv leuchtete er und umfing er das ganze Felsgebilde. Er verklärte und verwandelte es. Nicht länger stand es als ein steinernes Ungeheuer zwischen den kahlen Schroffen, sondern als ein erhabener Bau — ein Dom mit gewaltigen Kuppeln, von mächtigen Pfeilern getragen, aus schimmerndem Marmor, mit Türmen aus funkelndem Demant.

Und vor seinem hohen Tor stand der Mensch winzig klein; doch schauend und staunend; mit den sehenden Augen der Seele all seine Pracht und Herrlichkeit umfassend und tragend.

„Mei Kirchl!" stammelte Konrad in Verzückung. „Mei Herrgottskirchl!"

Dort, wo der Pfad zu Ende lief, über dem schwindelnden freien Abgrund, stand er auf einem schmalen Felsenvorsprung, frei und leicht. Keine Last drückte seine Schultern; nichts beschwerte seinen Schritt. Er stand da als einer, der das Leben beherrschte; ein Held, der den steinernen Riesen bezwungen hatte.

Mit einem Schlag erlosch die Glorie des Totenkirchls. Schwarz wälzte das Unwetter sich an ihm empor, ein wesenloses Wogen und Gären . . . Das Licht [illegible]

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Baugesellschaft Behalo, aus der Partei auszuschließen. Der Bezirksvorstand sah in dem Verhalten Schünings, der mit den Skloreks Privatgeschäfte gemacht hat, einen Verstoß gegen die Parteimoral.

Hamburg, 19. Nov. Nachdem die Ermittlungen in der Bombenattentatsangelegenheit weiteres belastendes Material gegen den Gemeindevorsteher Bick aus Roenne, Kreis Winsen, und den Landwirt Luhmann aus Clues, Kreis Winsen, ergeben haben, sind beide, einer Meldung des Hamburger Fremdenblattes zufolge, festgenommen und dem Untersuchungsrichter in Altona vorgeführt worden. In der gleichen Angelegenheit wurde auch der Dentist Nischke aus Ratzenburg zur Vernehmung nach Altona gebracht, aber nach der Vernehmung wieder entlassen.

Prag, 19. Nov. In Proßnitz wurden sieben Kinder im Alter von 9 bis 15 Jahren verhaftet. Sie hatten sich zu einer Bande zusammengetan, die Waren aus den Geschäften sowie Geldbeträge aus Wohnungen entwendete und sich besonders auf die Plünderung von Kirchensammelbüchsen spezialisiert hatte. Der Wert des gestohlenen Gutes wird auf etwa 15000 Kronen geschätzt. Auch die Mütter zweier Kinder wurden verhaftet, da sie die Bande zu den Diebstählen angestiftet hatten.

Riga, 19. Nov. Bei Dünaburg kenterte heute auf der Düna ein überfülltes Fährboot. Von den 15—18 Insassen konnten nur zehn gerettet werden.

Paris, 19. Nov. Außenminister Briand hatte heute nachmittag eine Unterredung mit Botschafter von Hoesch. „Intransigeant" will wissen, daß Briand im Einvernehmen mit Ministerpräsident Tardieu der Reichsregierung vorschlagen werde, sich damit einverstanden zu erklären, daß die zweite Haager Konferenz zu Beginn des Monats Januar, vielleicht am 6. Januar, zusammentreten soll.

Rome (Alaska), 19. Nov. Nach hier eingetroffenen Nachrichten mußte der Polarflieger Eielson, als er mit seinem Flugzeug die Besatzung eines eingefrorenen Schiffes auf das Festland befördern wollte, eine Notlandung vornehmen. Eine Hilfsexpedition ist abgesandt worden. Die Nachforschungen mit Hilfe von Flugzeugen werden durch den Schneesturm unmöglich gemacht. Eielson hat bekanntlich mit Wilkins den Flug über den Nordpol ausgeführt.

Newyork, 19. Nov. „Associated Preß" meldet aus Rome in Alaska, daß Eskimos das schwerbeschädigte Flugzeug des seit acht Tagen vermißten bekannten Fliegers Karl Ben Eielson aufgefunden haben. Man nimmt an, daß Eielson und sein Begleiter, der Mechaniker Borland, in den Einöden Alaskas umgekommen sind.

Newyork, 19. Nov. Wie aus Halifax gemeldet wird, sind bei den schweren Erdstößen, die im ganzen östlichen Küstengebiet des nordamerikanischen Kontinents registriert worden sind, die Kabel der Western Union-Kabel-Gesellschaft gebrochen. Im Hafen von Halifax ist während der Erdstöße eine Springflut aufgetreten. In wissenschaftlichen Kreisen vermutet man deshalb, daß der Mittelpunkt des ganzen Bebens im atlantischen Ozean in der Gegend der kanadischen Küste liegt und daß es darauf zurückzuführen ist, daß der Felsboden des Meeresgrundes gerissen ist.

Die neue Regierung in Baden.

Karlsruhe, 19. Nov. Nachdem die Demokraten und die Deutsche Volkspartei die Uebernahme des Justizministeriums erneut abgelehnt haben, werden Zentrum und Sozialdemokraten die Regierung allein bilden. Das Zentrum stellt den Staatspräsidenten und übernimmt das Ministerium des Innern und des der Finanzen. Die Sozialdemokraten besetzen das Ministerium für Kultus und Unterricht und das Justizministerium, dessen Leitung der bisherige Innenminister Dr. Remmele übernimmt. Daneben stellt die Sozialdemokratie noch einen der beiden Staatsräte. In einer Mitteilung des Zentrums wird gesagt, daß die beiden liberalen Parteien die Verantwortung für das Scheitern der Großen Koalition zu tragen haben, weil sie von ihrem Anspruch auf das Unterrichtsministerium nicht abgegangen sind. Ueber die Personenfrage für die Besetzung des Postens des Innenministers schweben noch Verhandlungen. Das Finanzministerium wird wieder der bisherige Inhaber Dr. Schmitt (Ztr.) übernehmen.

Freispruch im Prozeß gegen den Zahnarzt Dr. Mohr.

Düsseldorf, 19. Nov. Vor dem erweiterten Schöffengericht hatte sich heute der Zahnarzt Dr. Mohr aus Barmen zu verantworten, der beschuldigt war, in der Nacht zum 3. Dezember 1928 auf einem Feldweg bei Ohligs die bewußtlose 27jährige Hausangestellte Emmy Weikert ausgesetzt zu haben. Mitangeklagt waren seine Begleiter bei der nächtlichen Fahrt, die 31jährige Frau Hildebrand aus Barmen und der Taxichauffeur Alberti aus Düsseldorf. Mohr bekundete, er habe die Weikert am Nachmittag des 2. Dezember 1928 besinnungslos auf dem Fußboden in den Räumen seiner Düsseldorfer Praxis vorgefunden. Der Hahn des Gasofens sei offen gewesen. Mit Frau Hildebrand habe er beschlossen, die Weikert zu ihrer Mutter nach Barmen zu bringen. Infolge einer Panne sei es aber zu spät geworden, um noch nach Barmen zu fahren und er habe daher die Weikert bei Ohligs ausgesetzt. Aehnlich sagte auch Frau Hildebrand aus, während der Chauffeur Alberti von der ganzen Sache nichts wissen wollte. Die ärztlichen Sachverständigen waren der Ueberzeugung, daß die Weikert an Gasvergiftung auch dann gestorben wäre, wenn sie sofort in sachkundige Pflege gekommen wäre. Das Gericht sprach alle 3 Angeklagten frei, und zwar aus rechtlichen Gründen. Die ärztlichen Gutachten haben ergeben, daß die Weikert eine unrettbare Todeskandidatin war. Damit entfiel die Hauptbedingung einer Verurteilung wegen Aussetzung, da bei einer Aussetzung das Leben der ausgesetzten Person gefährdet sein muß. Eine Verurteilung wegen versuchter Aussetzung ist infolge einer Lücke im Gesetz unmöglich, und eine Verurteilung wegen einfacher Körperverletzung war ebenfalls nicht möglich, weil diese einen Strafantrag erfordert, der in diesem Falle nicht gestellt werden konnte.

Ehebruch nicht mehr strafbar.

Berlin, 19. Nov. Im Strafrechtsausschuß des Reichstags wurde heute der § 312 behandelt, der die Strafbarkeit des Ehebruchs bestimmt. In der Abstimmung wurde dieser Paragraph mit 14 Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 14 Stimmen der übrigen Parteien abgelehnt.

Eine Botschaft der Kirche zum Landesbußtag.

Berlin, 19. Nov. Zum diesjährigen Landesbußtag richtet der Evangelische Oberkirchenrat, die Oberste Kirchenbehörde der älteren preußischen Provinzen, an die evangelische Oeffentlichkeit eine Kundgebung, in der auf die riesengroße wirtschaftliche Not mit ihren verwüstenden Folgen für den inneren Frieden, auf die Pflichtvergessenheit und Unsauberkeit im öffentlichen und privaten Leben und auf die sich ins Ungemessene steigernden Parteihader hingewiesen wird. Die Kirchenleitung ruft jeden einzelnen auf, den Nächsten auch unter persönlichen Opfern soweit wie möglich vor wirtschaftlicher Not zu bewahren, das Heiligtum der Familie, die Würde der Frau, die Seele der deutschen Jugend zu schützen. Die Kirche fordere „für jede zulässige politische Betätigung volle Freiheit der Entscheidung aus dem an Gott gebundenen Gewissen. Achtung vor der persönlichen Ehre des Gegners und Wahrung des hohen Gutes der Volksverbundenheit." Sie betet zu Gott, daß unser Volk aus seiner Zerrissenheit erlöst und ihm endlich zu einem ehrlichen Frieden für seinen Wiederaufbau verholfen werden möge.

Spende des Reichspräsidenten zur Linderung der Not der deutsch-stämmigen russischen Kolonisten.

Berlin, 19. Nov. Zur Linderung der Not der bei Moskau versammelten deutschen Kolonisten hat der Reichspräsident aus seinem Dispositionsfonds einen Betrag von 200 000 Mark zur Verfügung gestellt. Der Reichspräsident richtet an alle Deutschen im In- und Ausland die Bitte, daß Jeder nach seinen Kräften dazu beitragen möge, den deutschen Stammesgenossen zu helfen. Der Herr Reichspräsidenten hält es für eine Ehrenpflicht aller amtlichen deutschen Stellen, sowie aller öffentlichen und privaten Organisationen, dieses Hilfswerk zu unterstützen. Die Reichsregierung wird ihrerseits der Hilfsaktion jede nur mögliche Förderung angedeihen lassen. Auch die der Reichsregierung nahestehenden Parteien, sowie die Deutschnationale Volkspartei und die Wirtschaftspartei haben sich bereit erklärt, das Hilfswerk in jeder Weise zu unterstützen.

Einreise für die deutschen Rußlandbauern.

Berlin, 19. Nov. Die deutsche Regierung hat die deutsche Botschaft in Moskau angewiesen, unverzüglich 1000 Einreisevisen für die deutschen Bauern fertigzustellen, damit wenigstens diese 1000 Bauern nach Deutschland abtransportiert werden können. Der Abtransport wird noch im Laufe dieser Woche erfolgen. Die Flüchtlinge werden voraussichtlich für einige Zeit im Lager Hammerstein bei Schneidemühl untergebracht werden. Dieses Lager bietet Platz für 3000 bis 4000 Menschen. Es werden deshalb in der nächsten Zeit noch rund 3000 deutsche Bauern von Moskau aus dorthin transportiert werden. Man hofft, daß die russischen Behörden, nachdem die deutsche Botschaft mit der Visumerteilung begonnen hat, den Plan des Rücktransports der deutschen Bauern nach Sibirien aufgeben wird. Im übrigen werden noch weitere 600 deutsche Bauern in diesen Tagen von Leningrad aus per Schiff nach Hamburg gebracht werden. Diese 600 Auswanderer begeben sich nach Brasilien. Ob es möglich sein wird, einen größeren Teil der deutsch-russischen Bauern in Kanada anzusiedeln, hängt von dem Ausgang der Verhandlungen ab, die Ende der Woche zwischen deutschen und kanadischen offiziellen Stellen in London beginnen.

Das Ergebnis der Länderkonferenz.

Berlin, 19. Nov. Der Unterausschuß der Länderkonferenz, hat sich während der Tagung, die am Dienstag in Berlin endete, mit der Organisation der Länder und dem Einfluß der Länder auf das Reich beschäftigt. Die überwiegende Mehrheit des Ausschusses, zu der auch der preußische Ministerialdirektor Brecht gehört, tritt dafür ein, daß die preußische Regierung in der Reichsregierung aufgeht. Eine — nicht ganz so große — Mehrheit will auch die Vereinigung des preußischen Landtags mit dem Reichstag. Die Mehrheit hat sich weiter dem Vorschlag angeschlossen, daß in Norddeutschland die preußischen Provinzen zu einem neuen Ländertyp entwickelt werden sollen, der im wesentlichen die Zuständigkeiten und Organisationen der preußischen Provinzen behält. Sachsen und die süddeutschen Länder Bayern, Württemberg und Baden wollen ihre Verwaltungsselbständigkeit behalten. Bei dieser Lösung geht man davon aus, daß sich die kleinen und kleinsten norddeutschen Länder mit dem Gebiet einer preußischen Provinz zusammenschließen. Ueber das Schicksal der mittleren Länder, also vor allem Thüringen und Hessen, haben noch keine abschließenden Beratungen stattgefunden. Es ist anzunehmen, daß für diese Länder ein besonderer Zwischentyp geschaffen wird. Wie weiter verlautet, hat Ministerpräsident Dr. Bänger in den Beratungen den Gedanken des Einheitsstaats vertreten, dabei aber auch entschiedenen Wert darauf gelegt, daß für die größeren Länder die Selbstverwaltung und damit die Möglichkeit gewahrt bleibt, ihre Kultur und Wirtschaft nach Maßgabe ihrer Eigenart zu fördern und zu pflegen. Die Beratungen des Ausschusses werden am 7. Dezember fortgesetzt. In der Einzelberatung wurden die Abschnitte über die Organisation der Länder und der zentralen Regierung und Gesetzgebung mit geringen Aenderungen gegenüber den Vorschlägen angenommen. Ein vom bayerischen Ministerpräsidenten gestellter Antrag, die differenzierende Gesamtlösung als staatsrechtlich weder notwendig noch zweckmäßig und als politisch gefährlich fallen zu lassen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Nach den Beschlüssen werden preußische Regierung und Reichsregierung vereinigt. Wie die vier Länder alter Art (Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden) so unterstehen die preußischen Provinzen unmittelbar der Reichsgewalt. Ihre Verfassungen werden den preußischen Provinzialverfassungen nachgebildet. Auch für die übrigen Länder soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Landesregierungen auf bestimmte Zeit — etwa 4 Jahre — zu wählen. Reichstag und Landtag sollen verschmolzen werden. Dabei ist zu erwägen, ob an die Stelle sämtlicher Mitglieder des Reichsrats und des Reichstags, die von den beteiligten Ländern entsandten Mitglieder des Reichsrats und des Reichstags treten sollen. Für eine Uebergangszeit ist die Möglichkeit eines gemeinschaftlichen Landtages für die Länder neuer Art vorgesehen. Der Reichsrat bleibt in der Form bestehen, daß seine Zusammensetzung sich nach der Einwohnerzahl der vertretenen Länder bestimmt.

Die deutschnationale Fraktionssitzung.

Berlin, 19. Nov. Die deutschnationale Pressestelle veröffentlicht folgende Erklärung: Eine Anzahl Berliner Zeitungen, die gewohnheitsmäßig ihre Verbindung zu deutschnationalen Kreisen zu Indiskretionen zu mißbrauchen pflegen, haben auch über die gestrige Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion berichtet. Sie schreiben, daß die Fraktion die Abstimmung über den § 4 freigebe, und daß Dr. Hugenberg sich bereit erklärt habe, das Freiheitsgesetz persönlich im Reichstag zu vertreten. Diese Meldungen sind falsch. Dr. Hugenberg hat schon deshalb kein Einverständnis zur Freigabe der Abstimmung geben können, weil die Fraktion selbst zu dieser Frage keine Stellung genommen hat. Auch daß Dr. Hugenberg sich bereit erklärt habe, das Gesetz persönlich im Reichstag zu vertreten, entspricht nicht den Tatsachen. Die Frage ist überhaupt nicht berührt worden. Bei der Einstellung, die Dr. Hugenberg der Nützlichkeit des heutigen Parlamentarismus gegenüber hat, ist auch nicht anzunehmen, daß er diesmal aus seiner Zurückhaltung heraustritt. Die Vertrauenswürdigkeit der sonst noch von den Zeitungen gebrachten Kombinationen erhellt aus den aufgeführten Beispielen.

Freispruch Michailows.

Berlin, 19. Nov. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fand heute der Juwelendiebstahl in der französischen Botschaft vom 5. Oktober d. J. sein gerichtliches Nachspiel. Angeklagt, dem Botschafter de Margerie mit Hilfe falscher Schlüssel Juwelen im Werte von 60 000 Mark gestohlen zu haben, ist der Portier der Botschaft, Michailoff, ein 72jähriger schlanker alter Herr mit weißem Haar und Schnurrbart. Auf den Eröffnungsbeschluß erwidert er, er hätte den Diebstahl nicht begangen. Der Vorsitzende besprach dann mit dem Angeklagten die Einzelheiten seines Zerwürfnisses mit Botschaftschauffeur Batalin, einem früheren russischen Rittmeister. Im Verlauf dieses Zerwürfnisses kristallisierte sich bei dem Angeklagten der Eindruck heraus, daß Batalin den Diebstahl verübt haben könne; er will aber nicht behaupten, daß Batalin der Täter war. Das Gericht kam nach mehr als 1½stündiger Beratung zu einer Freisprechung des Angeklagten, da es die rechtswidrige Aneignung verneinte. Nach Ansicht des Gerichts hat der Angeklagte den Vorsatz gehabt, den Schmuck fortzunehmen, um dem Chauffeur eines auszuwischen und den Schmuck nachher dem Botschafter wieder zurückzustellen. Der Haftbefehl wurde aufgehoben und der Angeklagte sofort aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen.

Der Verlust des Hapagdampfers „Höchst" vor dem Seeamt.

Hamburg, 19. Nov. Heute stand die Strandung des Hapag-Dampfers „Höchst" zur Verhandlung vor dem Hamburger Seeamt. Die 1927 erbaute 6854 Bruttoregistertonnen große „Höchst" befand sich auf der Rückreise von Colombo nach Daen, als sie am 20. September d. J. bei der Insel Minicoi auf ein Riff auflief, strandete und durch ein durch Selbstentzündung der Ladung entstandenes Feuer völlig vernichtet wurde. Aus der Seeamtsverhandlung ergab sich, daß die Schiffsleitung für den Totalverlust des Dampfers stark verantwortlich ist. Es hat auf dem Schiff eine mangelhafte Zusammenarbeit zwischen dem Kapitän und dem Ersten Offizier bestanden. Dem Ersten Offizier, der es unterließ, dem Kapitän die Sichtung des Feuers von Minicoi zu melden, wird das

Brandstiftung und dreifacher Mord? In dem Heidedorf Heiligensee brannte am Dienstag morgen die zum dortigen Kammergut gehörige Mühle nieder. Als vermutlicher Brandstifter wurde der in der Mühle beschäftigte Müller Wandelt verhaftet. Wandelt war vor einiger Zeit wegen Unordentlichkeit und Trunkenheit der Dienst gekündigt worden und er sollte am Dienstag die Stellung verlassen. Aus diesem Grunde dürfte er den Brand angelegt haben. Seine Frau mit 2 Kindern ist verschwunden. Entweder hat sie Selbstmord verübt, oder sie wurde mit den Kindern von Wandelt ermordet. Der Brandschutt konnte noch nicht durchsucht werden. Die zahlreich erschienenen Feuerwehren konnten ein Uebergreifen des Feuers auf die benachbarten Gutsgebäude verhüten.

Länder- und Städtewappen aller Erdteile in Gold- und Silberdruck: Die FREUDE des KURMARK-RAUCHERS

Ein adelbar rotärdig Bekenntnis vom positiven Genuss des Rauchens

fällt allhier

Der werktätige Mann: Mitten im sausenden Lärm meiner Maschine spüre ich den Hunger nach meiner geliebten Cigarette. Ihr gilt mein erster Griff in der Pause, dann ein paar Züge und ich fange von neuem frisch und guter Dinge wieder meine Arbeit an.

So schafft den positiven Genuss

5 Pf

KURMARK

die Cigarette der neuen Epoche

Als Repräsentationspackung für Geschenke und Feste, den Rauch- und Schreibtisch fordern Sie: KURMARK-PRIVATPACKUNG. (ohne Preisaufschlag).

Patent entzogen. Den Kapitän trifft insofern schwere Mitschuld, als er sich zu sehr auf das Besteck verlassen hatte. Die Gesamtnavigierung wurde vom Reichskommissar als nicht einwandfrei bezeichnet.

Teilweise Zulassung der deutschen Sprache in Südtirol.

Bozen, 19. Nov. Die „Alpenzeitung" veröffentlicht heute folgendes Rundschreiben der Präfektur an die Amtsbürgermeister der Gemeinden der Provinz Bozen: In Abweichung von dem Dekret über den Gebrauch der italienischen Sprache auf Ankündigungen und Mitteilungen im allgemeinen, die an die Oeffentlichkeit gerichtet sind, wird bis auf weiteres gestattet: 1. in den öffentlichen Lokalen die Ausstellung der Speisenkarten in mehreren Sprachen, auch in der deutschen, unter der Bedingung, daß der italienische Text an erster Stelle steht; 2. in den Gasthäusern der Gebrauch von Service-Gegenständen und Bestecken, Geschirr- und Wäschestücken, die in deutscher Sprache markiert sind, bis diese Gegenstände außer Gebrauch gesetzt werden müssen; 3. in kaufmännischen Briefen und Rundschreiben nach dem italienischen Text die deutsche Uebersetzung.

Besuch der Ackerbauschulen.

Die am 3. Januar 1930 an den Ackerbauschulen beginnenden Kurse in **Kirchberg, Ellwangen** und **Ochsenhausen** sind noch nicht ganz besetzt.

Da es dringend erwünscht ist, daß die heranwachsenden Landwirte diese hervorragenden Ausbildungsgelegenheiten soweit irgend möglich ausnützen, werden die beteiligten Kreise auf die noch bestehende Möglichkeit des Besuchs aufmerksam gemacht.

Neuenbürg, den 15. November 1929.

Oberamt: Lempp.

Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das auf Markung Engelsbrand belegene, im Grundbuch von Engelsbrand, Heft 164, Abt. 1 Nr. 1, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des **Lötterle, Martin,** Metzgers in **Engelsbrand,** eingetragene Grundstück:

Geb. Nr. 29: Wohnhaus, Staffel, Backofen, Scheuer, Schweinstall und Hofraum, außen im Dorf an der Grunbacher Straße,

am **Freitag den 10. Januar 1930, vormittags 10 Uhr,** auf dem Rathaus in **Engelsbrand** versteigert werden. Das Grundstück wurde am 20. Oktober 1929 geschätzt zu 7500 RM.

Der Versteigerungsvermerk ist am 7. Oktober 1929 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die **Aufforderung,** Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Bei Zwangsversteigerungen findet in der Regel nur ein Termin statt.

Neuenbürg, den 19. November 1929.

Kommissär: Bezirksnotar Klett.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Donnerstag den 21. November 1929, vormittags 10 Uhr,** kommen in **Ottenhausen** öffentlich gegen Barzahlung zum Verkauf:

Ein Spiegelschrank, Hartholz, **ein Plüschdivan, ein Zimmerbüfett,** eichen, **ein Vertikow,** Hartholz, **eine Nähmaschine** (Singer), **ein runder Tisch, eine Obstmühle,**

sowie:

ein Motorrad, Marke „Herkules".

Zusammenkunft am Rathaus in Ottenhausen.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Brüder in Not!

Eine Reihe von Wohlfahrtsorganisationen Deutschlands hat unter Führung des Deutschen Roten Kreuzes einen gemeinsamen Aufruf erlassen zu einer Sammlung für die in furchtbarer Notlage befindlichen 12000 Deutschen aus Sibirien, die, von ihrer Scholle vertrieben vor Moskau lagernd, dem Hungertode preisgegeben sein werden, wenn ihnen nicht rasch Hilfe zu teil wird. Bezüglich der näheren Umstände darf auf die im Lauf der letzten Woche in den Tageszeitungen erschienenen erschütternden Nachrichten hingewiesen werden.

Die Durchführung der Sammlung in Württemberg liegt in den Händen des Landesvereins vom Roten Kreuz, dem die ministerielle Genehmigung hiezu unterm 16. ds. Mts. erteilt worden ist.

Auch wir wollen uns die furchtbare Notlage der Sibirien-Flüchtlinge zu Herzen gehen lassen und trotz der schweren eigenen Wirtschaftslage unsern deutschen Brüdern nach Kräften beispringen. Wir dürfen nicht 12000 Deutsche elendiglich zu Grunde gehen lassen. Die Augen der bittere Not Leidenden sind in erster Linie auf die Stammesbrüder in Deutschland gerichtet.

Mitleid allein tut's nicht.
Die helfende Tat ist not. Und sie eilt.
Jedes gebe sein Scherflein.

Als Sammelstelle im Bezirk Neuenbürg ist von dem unterzeichneten Bezirksvertreter des Roten Kreuzes das **Girokonto Nr. 1250 bei der Oberamtssparkasse Neuenbürg** mit der Bezeichnung **„Brüder in Not"** eröffnet worden.

Ich bitte, die Spenden auf dieses Konto einzuzahlen.

Auch die Herren Ortsvorsteher sind zur Entgegennahme von Gaben bereit.

Neuenbürg, den 19. November 1929.

Bezirksvertreter vom Roten Kreuz:
Landrat Lempp.

Alle 1899er

von Herrenalb, Kullenmühle und Gaistal

werden auf **Samstag den 23. November, abends 8 Uhr,** in das **Gasthaus z. „Germania"** zwecks **Besprechung der 30er-Feier** freundlichst eingeladen.

Mehrere 30er.

Obernhausen, den 17. Nov. 1929.

Danksagung.

Für die uns erwiesene Liebe und Anteilnahme beim Heimgang unseres lieben Vaters

Friedrich Bodamer

sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Dobel, 17. November 1929.

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Schwester

Wilhelmine Ruff

sprechen wir auf diesem Wege unseren herzlichen Dank aus. Besonders allen denen, die sie während ihrer Krankheit besuchten und erquickten, sowie für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Neuenbürg.

Regenschirme

in schöner Auswahl empfiehlt billigst

Albert Weik, Drechsler.

Das Geheimnis der Wiedergeburt.

Oeffentlicher Vortrag

Donnerstag, 21. Nov., abds. 7½ Uhr,
im Gasthaus zur „Eintracht" in Neuenbürg.

Jedermann herzlich willkommen!

Eintritt frei! **Redner: Hans Schwarz.**

Haben Sie schon meine

prima hausgemachten Blut- u. Leberwürste

versucht?

Jeden Mittwoch von 3 Uhr ab frisch erhältlich bei:

W. Seeger, Birkenfeld, Kirchweg 32.

Calmbach.

Geschäfts-Empfehlung.

Habe unter heutigem in **Calmbach** eine

Niederlage in Mineralwasser und allen Sorten ff. Limonaden

eröffnet. Den Herren Wirten und Gasthofbesitzern empfehle ich mich im obigen und bitte um gütige Unterstützung. Prompte Bedienung wird zugesichert.

Hochachtungsvoll!

Jakob Bott neben der „Krone".

Pferde-Verkauf

Wegen Anschaffung eines Lastwagens verkaufe ich bei günstigen Zahlungsbedingungen

1 Paar (auch einzeln) **erstklassige belgische**

Braun-Wallachen,

6- und 7jährig, unter jeder Garantie. Beide Pferde sind auch einspännig eingefahren.

Ferner verkaufe ich eine Anzahl **leichtere und schwerere Wagen mit Pferdegeschirren.**

Ernst Buck zur Grenzsägmühle,
Gräfenhausen, Tel. Amt Neuenbürg Nr. 167.

Inserate heben den Umsatz!

Eßt Fische!

Heute eingetroffen:

Frische
Brat-Schellfische
Pfund **42** Pfg.

Frischer
Kabliau
im ganzen Fisch
Pfd. **60** Pfg.
im Anschnitt
Pfund **64** Pfg.

Frischgewässerte
Stockfische
Pfund **35** Pfg.

Ferner empfehlen:

Selbst eingeschnittenes
Sauerkraut
Pfund **16** Pfg.

Bayerisches
Rauchfleisch
ohne Knochen

Neue
Hülsenfrüchte

Täglich frisch:
Prima Bauernbrot
2 Pfund-Laib **44** Pfg.

5 Proz. Rabatt

Pfannkuch

H. M. „Adler".

---

3 Zimmer-Wohnung

mit großem Laden für jede Branche geeignet, in **Calmbach,** Nähe Bahnhof, sofort zu vermieten. Event. kann Laden mit als Wohnung benützt werden.

Interessenten wollen sich an **W. Bolz, Wildbad,** Elektrizitätswerk wenden.

Schallplatten,

alte können für neue umgetauscht werden bei

Musik-Hohnloser, Pforzheim, Enzstraße 9.

Wer verkauft sein Haus

evtl. mit Geschäft oder sonstig. Anwesen hier oder Umgebung? Nur Angeb. direkt v. Besitzern unter **B. 99** an den Verlag **Haus- und Grundbesitz, Frankfurt a. M.,** Zeil 51.

Solange Vorrat:

Strickwolle

per Pfd. M. 2.–, Loden M. 2.50 an Private. — **Spinnerei Tirschenreuth 367** (Bay.). Muster gratis.

Kalender

eingetroffen!

Vetter vom Rhein, Der lustige Stuttgarter Bilderkalender, Lahrer hinkender Bote, Blumenschmidts Abreißkalender, sowie Abreißblöcke einzeln

empfiehlt

C. Meeh'sche Buchhandlung

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw